



„100-Tage-Bilanz“ der neuen Landesregierung: Positive Signale und große Herausforderungen in der Kinder- und Jugendpolitik

Saarbrücken, 26.7.22. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat die neue Landesregierung die neuerliche Reform des Schulmitbestimmungsgesetzes angestoßen und dabei u.a. einen Rechtsanspruch auf Schulsozialarbeit formuliert.

Zudem erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulsozialarbeit mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte – ein „ermutigender Schritt“, so die Einschätzung des Landesvorsitzenden des Kinderschutzbundes im Saarland, Stefan Behr.

„Auf dieses und weitere positive Signale im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik müssen nun konkrete Maßnahmen folgen, denn die Herausforderungen sind auch und gerade im Saarland gewaltig.“

Konkret benennt der Verband fünf zentrale kinder- und jugendpolitische Handlungsfelder:

1) Sexualisierte Gewalt, Vernachlässigungen, psychische und körperliche Misshandlung – der steigenden Zahl an Kindeswohlgefährdungen entschlossen entgegenzutreten!

Der Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass die Empfehlungen der Kinderschuttkommission zügig und entschlossen umgesetzt, niedrigschwellige Präventions- und Hilfsangebote gestärkt und Schutzkonzepte flächendeckend eingeführt werden. Auf Bundesratsebene muss das Saarland im Kampf gegen die Betreiber von kinderpornographischen Internetforen vorangehen.

2) Kinder- und Jugendmedienschutz als zentrale Querschnittsaufgabe der aktuellen Legislaturperiode!

Voraussetzung für echten Fortschritt in diesem Schlüsselbereich ist die enge Verzahnung aller relevanten Fachressorts wie Bildung, Justiz, Inneres und Soziales.

Von der Unterstützung für Familien über die Förderung der Medienkompetenz im (vor)schulischen und außerschulischen Bereich bis zur Arbeit der Strafverfolgungsbehörden – Kinder- und Jugendmedienschutz ist vielschichtig, anspruchsvoll und im digitalen Zeitalter wichtiger denn je.

3) Mitreden – Mitgestalten – Mitentscheiden: Kinder- und Jugendbeteiligung stärken!

Die neue Legislaturperiode muss zu konkreten Fortschritten hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen führen.

Dies gilt für die Absenkung des Wahlalters auf 16 für Kommunal- und Landtagswahlen, das Eintreten der Landesregierung für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz und echte Mitspracherechte in kommunal- und landespolitischen Angelegenheiten.

Was die Mitwirkung in Bildungseinrichtungen angeht, hat die Vorgängerregierung mit der verbindlichen Einführung von Klassenräten bereits einen wichtigen Schritt hin zu mehr demokratischer Teilhabe unternommen.

4) „Kinder brauchen mehr“¹

Neben der politischen muss auch die soziale und kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Der Kampf gegen die insb. auch im Saarland grassierende Kinderarmut, u.a. durch Eintreten für eine bundesweite Kindergrundsicherung, muss ein Kernanliegen sein.

5) Umfassende Teilhabe, Chancengerechtigkeit und die verbrieften Rechte der UN-Kinderrechtskonvention müssen für alle Kinder und Jugendlichen gelten!

Die Kinder- und Jugendpolitik der nächsten Jahre muss daher einen starken Fokus auf Inklusion und Integration legen.

Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen, mit Unterstützungsbedarf oder mit Migrationshintergrund bedürften besonderer Aufmerksamkeit und Zuwendung. Die überfällige Einführung des Amtes einer/s hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten kann dazu beitragen, dass die Belange dieser Gruppen nicht vernachlässigt werden.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle vonnöten, um den Vorgaben des SGB VIII Genüge zu tun.

DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND

Landesverband Saarland e.V.

Dudweilerstraße 80

66111 Saarbrücken

Pressesprecher: Matthias Balzert

Telefon: 0163 – 4 36 37 49

E-Mail:

balzert@kinderschutzbund-saarland.de

www.kinderschutzbund-saarland.de

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB), gegründet 1953, ist mit 50.000 Einzelmitgliedern in über 400 Orts- und Kreisverbänden die bundesweit größte Kinderschutzorganisation. Der Verband setzt sich für die Rechte und Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie für Veränderungen in Politik und Gesellschaft ein.

¹ vgl. „Bündnis Kindergrundsicherung“, <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/>